

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

» Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde «

| November 2018 – Ausgabe 4 |

Aufruf:

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN!

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde

Erstunterzeichner*innen:

Franz Alt, Schriftsteller | Dr. Wolfgang Biermann, Politikwissenschaftler, Initiative neue Entspannungspolitik JETZT! | Dieter Maschine Birr, (Ex Puhdys), Musiker | Roland Blach, DFG-VK, Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ | Prof. Dr. Ulrich Brand, Politikwissenschaftler, Institut Solidarische Moderne | Prof. Dr. Peter Brandt, Historiker, Initiative Neue Entspannungspolitik JETZT! | Reiner Braun, Präsident International Peace Bureau (IPB) | Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di | Christine Buchholz, MdB DIE LINKE. | Marco Bülow, MdB SPD | Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB | Prof. Dr. Paul J. Crutzen, Atmospheric Chemistry and Climate Research, Nobel Laureate 1995 | Daniela Dahn, Schriftstellerin | Das Rilke Projekt (Schönherz & Fleer), Erfolgreichstes Deutsches Lyrikprojekt | Renan Demirkan, Schauspieler, Autorin | Prof. Dr. Klaus Dörre, Soziologe | Michael Erhardt, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Frankfurt | Ute Finckh-Krämer, MdB (2013-2017) SPD | Peter Freudenthaler, Volker Hinkel, von Fools

Garden | Ulrich Frey, Initiative Neue Entspannungspolitik Jetzt! | Thomas Gebauer, Geschäftsführer von medico international | Wolfgang Gehrcke, DIE LINKE. | Stephan Gorol, Kulturmanagement | Dr. Rolf Gössner, Vorstandsmitglied internationale Liga für Menschenrechte | Prof. Dr. Ulrich Gottstein, IPPNW Gründungs- und Ehrenvorstandsmitglied | Susanne Grabenhorst, stellv. Vorsitzende IPPNW Deutschland | Jürgen Grässlin, Bundessprecher der DFG-VK | Hermann Josef Hack, Bildender Künstler | Uwe Hassbecker, Musiker (Silly) | Prof. Dr. Frigga Haug, Soziologin | Uwe Hiks, Bundesvorstand NaturFreunde Deutschlands | Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender | Philipp Ingenleuf, Netzwerk Friedenskooperative | Otto Jäckel, Vorsitzender IALANA Deutschland, Vereinigung für Friedensrecht | Kristine Karch, Co-Chair International Network No to War – No to NATO | Margot Käbmann, Theologin | Katja Keul, MdB Bündnisgrüne | Katja Kipping, MdB, Vorsitzende DIE LINKE. | Toni Krahl, Musiker (CITY) | Sabine Leidig, MdB DIE LINKE. | Wolfgang Lemb, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall | Sarah Lesch, Liedermacherin | Udo Lindenberg, Musiker | Anna Loos, Schauspieler, Sängerin (Silly) | Pascal Luig, Co-Sprecher „Kooperation für den Frieden“ | Jürgen Maier, Forum Umwelt und Entwicklung | Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Politikwissenschaftler, Friedensforscher | Hilde Mattheis, MdB SPD | Birgitta Meier, Friedensmuseum Nürnberg | Prof. Dr. Thomas Meyer, stellv. Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission | Matthias Miersch, MdB, Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion | Prof. Dr. Maria Mies, Soziologin, Öko-Feministin | Michael Müller, Vorsitzender NaturFreunde Deutschlands, ehem. Staatssekretär im Umweltministerium | Julia Neigel, Sängerin, Songwriterin | Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzringes (DNR) | Wolfgang Niedecken, Musiker, Sänger (BAP), Maler, Autor | Prof. Dr. Norman Paech, Völkerrechtler | Alexis Passadakis, aktiv bei Attac Deutschland | Anne Rieger, Bundesausschuss Friedensratschlag | Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes | Alex Rosen, Vorsitzender IPPNW Deutschland | Michaela Rosenberger, Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung Genuß Gaststätten (NGG) | Rene Rösper, MdB SPD | Prof. Dr. Werner Ruf, Politikwissenschaftler, Friedensforscher | Prof. Dr. Jürgen Scheffran, Physiker, Vorsitzender International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES) | Dr. Ute Scheub, Autorin | Heide Schütz, Vorsitzende Frauennetzwerk für Frieden | Prof. Dr. Gesine Schwan, Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission | Prof. Dr. Johano Strasser, ehem. Präsident des deutschen PEN | Wolfgang Strengmann-Kuhn, MdB Bündnisgrüne | Prof. Dr. Michael Succow, Alternativer



© Lucas Wirl

WARUM WIR DEN AUFRUF UNTERSTÜTZEN



Mairead Maguire

Friedensnobelpreisträgerin 1976

► Was für ein beeindruckender Aufruf, den ich gerne unterstütze. Der Wahnsinn der NATO Aufrüstung, die täglich Kinder tötet, die Umwelt verwüstet, Elend schafft und vertieft, muss endlich aufhören.

Immer mehr Menschen müssen aus Resignation und Konsumismus aufwachen und sich wehren. Dafür sind die Unterschriften gut und hoffentlich werden es beeindruckend viele. Notwendig ist aber eine weltweite Verweigerung dieser Kriegspolitik und ihrer Propaganda, sind Aktionen des zivilen Ungehorsams überall dort wo die Kriegsmaschinerie sich in Bewegung setzt. Möge der Aufruf zum Widerstand beitragen.



Reiner Hoffmann

Vorsitzender des DGB

► Die internationale Nachkriegsordnung ist aus den Fugen geraten. Die Hoffnung, dass das Ende des Kalten Krieges ein Zeitalter der Entspannung einläuten würde, hat sich als Illusion erwiesen. Das Risiko von militärischen Auseinandersetzungen ist so groß wie seit 1989 nicht mehr. Rund um den Globus toben mehr als 30 Kriege und bewaffnete Konflikte. Umso wichtiger ist der Einsatz für Frieden, Demokratie und Freiheit – von Gewerkschaften, aber auch von Parteien und Zivilgesellschaft. „Abrüsten statt Aufrüsten“ – das ist das Gebot der Stunde. Europa, und an vorderster Stelle Deutschland, kommt dabei eine Vorreiterrolle zu. Europa wurde als Projekt des Friedens und des sozialen Fortschritts gegründet.

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN
115.000
UNTERSCHRIFTEN

WARUM WIR DEN AUFRUF UNTERSTÜTZEN



Hubert Weiger

Vorsitzender BUND

► Die Friedensbewegung und die Umweltbewegung haben die gleichen Ziele. Eine friedliche Welt, einen Friedensschluss zwischen den Menschen, einen Friedensschluss zwischen Mensch und Natur. Nur wenn wir diese gemeinsamen Ziele auch offensiv nach innen und nach außen vertreten haben, wir auch eine Chance uns gegen diejenigen durchzusetzen, die an den Konflikten verdienen, die an der Zerstörung des Lebens verdienen, egal ob das menschliches, pflanzliches oder tierisches Leben ist. Deswegen ist der Friedensschluss zwischen Mensch und Natur eine unabdingbare Voraussetzung für die Erhaltung unseres Planeten.



Kai Niebert

Präsident Deutscher Naturschutzring

► 2016 starben in Europa rund 135 Menschen durch den Terror des IS. Gleichzeitig kamen rund 3.000 Menschen durch die Folgen der menschengemachten Klimastörungen ums Leben, 5000 Menschen starben, weil die Autohersteller bei den Dieselmotoren betrogen und weitere 23.000 Menschen sterben jährlich durch den Dreck aus Europas Kohlekraftwerken. Diese Zahlen belegen sehr eindrücklich: Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen, braucht es keinen höheren Verteidigungshaushalt, sondern Investitionen in eine umwelt- und menschenfreundliche Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik.



Sharan Burrow

Generalsekretärin der International Trade Union Confederation, Int.Gewerkschaftsbund

► Unsere Gewerkschaften kämpfen an vorderster Front für eine gerechtere Welt – für Frieden, Demokratie, Menschen- und Arbeitsrechte, Löhne, sozialen Schutz und Geschlechtergerechtigkeit; gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, und gegen sinnlose Privatisierung. Die Demokratie verarmt, wenn 70 Jahre nach der Verabschiedung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte unser Index der globalen Rechte zeigt, dass die Demokratie im letzten Jahr in 54 Ländern abgenommen hat, und dass die Festnahmen von Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen auf allen Kontinenten zugenommen haben.



Michael Kellner

Politischer Geschäftsführer der Partei Bündnis 90/Die Grünen

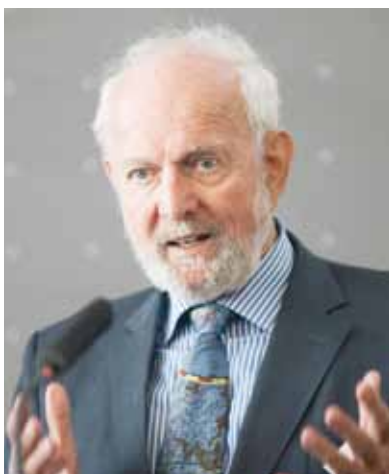
► Keine Waffen an Diktatoren! Es ist schändlich, dass die Bundesregierung Waffen und Rüstungsgüter an Staaten wie Ägypten, die Türkei, Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate, die auch am Krieg im Jemen beteiligt sind, liefert. Sie macht sich mitschuldig an Völkerrechtsbruch, Krieg und dem vielfachen Leiden von Menschen. Deutschland braucht auch endlich ein Gesetz zur restriktiven Regelung von Rüstungsexporten. Exporte in Krisengebiete darf es nicht weiter geben. Daher unterstützte ich den Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“. Ich bin überzeugt davon, dass mehr Transparenz rund um die Entscheidungen für Rüstungsexporte ein wichtiger Baustein für die Verminderung der Exporte ist.



Margot Käßmann

Theologin

► Und schließlich geht es um Aufrüstung. Statt jetzt aber Friedensmissionen, Freiwillige, Mediationsexpertinnen zu entsenden, drängen US-Präsident Trump und sein Außenminister Rex Tillerson darauf, dass die NATO-Mitgliedstaaten ihre Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt in Deutschland bei 1,2 Prozent, das sind 36 Milliarden Euro. Erwartet werden demnach mehr als 70 Milliarden! Wollen wir das?



Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker

Ko-Präsident Club of Rome

► Ich unterstütze die Initiative abrüsten statt aufrüsten, weil ich die „Modernisierung“ des Atomwaffenarsenals für illegal, vertragswidrig und sehr gefährlich halte. Daher habe ich einen entsprechenden Expertenaufsatz in den neuen Club of Rome-Bericht „Wir sind dran“ aufgenommen.

Der Aufsatz befindet sich in unserer ersten Zeitungsausgabe vom Dezember 2017 auf S. 4. Die Webversion ist zu finden auf: <https://abruesten.jetzt/zeitung/>



© Lucas Wirl



Udo Lindenberg

Sänger



Medea Benjamin

Code Pink

► Die USA sind das zerrissene Land des Militarismus. Aber ich sehe auch in Europa viele Gefahren für Frieden und Menschenrechte. Deswegen sollten wir die beeindruckenden Aktionen für Frieden gemeinsam auf beiden Seiten des Atlantiks fortsetzen. Ich habe von der großen Demonstration "unteilbar" gehört und weiß, wie wir uns für die Rechte und gegen Rassismus wehren. Die Demokratie muss verteidigt werden.



Marco Bülow

MdB für SPD

► Schon heute werden 38,5 Mrd. Euro für Rüstung ausgegeben und es soll noch mehr werden! Bundeskanzlerin Angela Merkel will am 2%-Ziel der NATO festhalten. US-Präsident Trump hat bereits 4% gefordert. Das ist absurd und grundfalsch. Was erhöht werden muss, sind die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, Krisenprävention und Bekämpfung von Fluchtursachen! www.marco-buelow.de/ruestungsausgaben-stoppen



Julia Neigel

Sängerin

► Viele unserer Eltern haben den letzten Weltkrieg noch erlebt. Deshalb auch gingen wir damals wütend auf die Straße und demonstrierten gegen die Aufrüstung in unserem Land. Aber die Politik hat nichts daraus gelernt. Denn es geht schon wieder los. Diese neue Aufrüstung ist verantwortungslos und verstößt gegen alle ethischen Werte und Prinzipien, für die wir uns als Künstler immer einsetzen. Wir wollen einen Sozialstaat, keinen Rüstungsstaat.

» In einer solch beknackten Welt braucht es eine mächtige Friedensbewegung! «

UDO LINDBERG



Abrüsten statt Aufrüsten auf der Unteilbar-Demo in Berlin | © Udo Rzadkowski



Antje Vollmer

Vizepräsidentin des deutschen Bundestages A.D.

► Ich bin überzeugt, dass alle Bemühungen um ein anderes Politikkonzept scheitern müssen, wenn sie nicht im Zentrum eine neue grundsätzliche Haltung zu den Fragen von Krieg und Frieden und einer neuen Weltpolitik finden.



René Rösper

MdB für SPD

► Wir brauchen dieser Tage eine moderne Friedenspolitik im Sinne Willy Brandts. Frieden, Abrüstung und soziale Gerechtigkeit sind die Antwort auf die neuen Unsicherheiten in unserer Welt, eine Verdopplung der Rüstungsausgaben sicher nicht!



Frank Bsirske

Vorsitzender ver.di

► Wir leben in Zeiten zahlreicher Konflikte. Auswege sind nur durch Bemühungen um Dialog, vertiefte Kooperation und Schaffung sozialer Perspektiven möglich. Deshalb brauchen wir Entspannungspolitik jetzt und wir müssen abrüsten statt aufrüsten! Die Militärausgaben der NATO-Partner auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen, wäre völlig verfehlt. Für Deutschland hieße das, den Rüstungsetat nahezu zu verdoppeln: Etwa 35 Milliarden Euro jährlich mehr für Rüstung. Geld, das auf der anderen Seite für eine Kurskorrektur in der Rentenpolitik fehlt. Kanonen statt auskömmlicher Rente – das ist nicht die Politik, die Menschen in diesem Land brauchen. Das ist nicht die Politik, die wir wollen!



Wiltrud Rösch-Metzler

Bundvorsitzende pax christi

► Knapp 100 Jahre ist es her, dass mit dem Waffenstillstand von Compiègne der Erste Weltkrieg zu Ende ging. Aus heutiger Sicht sehen wir auch, wie daraus spätere Kriege, z.B. im Nahen Osten, und Nationalismen, z.B. in Europa, genährt wurden und werden. Jetzt stehen wir vor einer neuen Aufrüstungswelle. Diesen Gruppen- und Nationalismusdruck zur Aufrüstung, der in der Nato herrscht, darf die Bundesregierung nicht übernehmen.



Kathrin Vogler

MdB für Die LINKE

► Die Politik in diesem Land hat viele Aufgaben, denen sie nicht oder nicht genug nachkommt: Gute Pflege und Gesundheitsversorgung für alle sicherstellen, Schulen und Hochschulen sanieren und gute Lernbedingungen schaffen oder die Energiewende voranbringen, damit wir nicht weiter die Klimakatastrophe befeuern, Fluchtursachen bekämpfen und Geflüchteten eine Chance auf Integration geben, schnelle Internetverbindungen in den ländlichen Raum bringen... Dafür sollten wir mehr Geld investieren als für Fregatten, Panzer und Kampfdrohnen. Sicherheit wird nicht durch Militär und Rüstung geschaffen, sondern durch Gerechtigkeit. Deswegen unterstütze ich "abrüsten statt aufrüsten".

KEINE WEITERE AUFRÜSTUNG!

Nach dem Willen der USA-Regierung sollen die europäischen NATO-Staaten künftig zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für den Verteidigungshaushalt ausgeben; das würde eine drastische Erhöhung gegenüber dem derzeitigen Anteil bedeuten, der in der Bundesrepublik Deutschland 1,2 % beträgt. Im letzten Jahr gaben die NATO-Staaten insgesamt (davon der Löwenanteil seitens der USA) dreizehnmal so viel für Militärisches aus wie Russland. Es geht bei dem Zwei-Prozent-Ziel nicht um Selbstverteidigung, die jedem Staat oder Staatenverbund zusteht, wie problematisch der Begriff „Verteidigung“ im atomaren Zeitalter auch sein mag. Verteidigung bedeutet, wenn man es ernst nimmt, Territorialverteidigung, nicht die Beteiligung an Interventionskriegen der US-amerikanischen Supermacht oder anderer Weltpolizisten erfolgte sie auch unter der Fahne „humanitärer“ oder „freiheitlicher“ Ziele.

Um Europa, damals Westeuropa, im eigentlichen Sinn gegen einen eventuellen Angriff effektiv verteidigen zu können, sind seit den 1970er Jahren (damals nicht verwirklichte) Konzepte entwickelt worden, die eine „strukturelle Nichtangriffsfähig-

keit“ einschlossen; man könnte auf sie zurückkommen, wenn man es mit einer eigenständigeren europäischen Verteidigung ernst meinte.

Die meist latente, zeitweise akute Kriegsgefahr in Europa – mit Deutschland (Ost und West) als dem ggf. zentralen Schlachtfeld – rührte während des Konflikts zwischen den Machtblöcken NATO und Warschauer Pakt vor 1990 nicht von einem konkreten Angriffswillen der einen oder anderen Seite her, sondern von nicht unwahrscheinlichen Irrtümern, Fehlwahrnehmungen oder technischen Pannen. Verschärfend wirkten militärische Planungen hier wie dort, die für den Kriegsfall weiterhin auf Sieg orientiert waren – sowie, namentlich seitens der USA, eine Begrenzbarkeit selbst von Nuklearkriegen ins Auge fassten. Gemäß der Intention der Betreiber wie der faktischen Wirkung ging es damals bei der Rüstung in Europa vor allem darum, politischen Druck ausüben zu können; dieser Druck konnte dann, so nahm man an, nur durch Gegendruck ausbalanciert werden. Direkt zwischen den Supermächten handelte es sich seit den 50er Jahren um die gesicherte

Weiter auf S.4 ...



Marlis Tepe

Vorsitzende GEW

► Ich unterstütze Abrüsten statt Aufrüsten! Warum? Kriegerische Auseinandersetzungen haben noch nie Probleme gelöst, im Gegenteil. Sie bringen den Menschen Not, Elend und Tod. Deshalb müssen die Gelder, die in die Rüstung fließen sollen, in Bildung investiert werden – national und international. Mit mehr Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit erreichen wir mehr für die Menschen. Hier in Deutschland brauchen wir für die Kitas ein Qualitätsgesetz, an den allgemeinbildenden und beruflichen

Schulen bessere Lehr- und Lernbedingungen. Dafür muss mehr Personal eingestellt, der Ganztagsausbau und mehr Mittel für die Inklusion bereitgestellt werden. Marode Schulen und Unis sind zu sanieren. Hochschulen müssen die Grundfinanzierung deutlich erhöht werden. Die Weiterbildung braucht ein Bundesgesetz, das die Arbeitsbedingungen stabilisiert. Das alles kostet. Aber: Am Ende ist es die Bildung, die unsere Gesellschaft sichert und den Menschen Lebenschancen eröffnet.

ANZEIGE



»Die Aufrüstungspläne der Bundesregierung sind friedens- und sozialpolitischer Wahnsinn und müssen gestoppt werden.«

Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

www.linksfraktion.de

Aufruf der Initiative „abrüsten statt aufrüsten“ zu bundesweiten dezentralen Demonstrationen am 1.-4.11.2018

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN – DAS IST DAS GEBOT DER STUNDE

„Abrüsten statt aufrüsten – das ist das Gebot der Stunde“, so der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann zum Antikriegstag.

Und es stimmt: Schulen sind marode und Kitas fehlen überall, der soziale Wohnungsbau muss dringend ausgebaut werden, Krankenhäuser werden benötigt, dem öffentlichen Nahverkehr fehlen Gelder, die kommunale Infrastruktur verkommt, die Alterssicherung und die Pflege sind unterfinanziert, Geflüchtete benötigen Unterstützung, der ökologische Umbau stagniert, Finanzen für Klimagerechtigkeit sind nicht vorhanden und internationale Hilfe zur Selbsthilfe wird verweigert.

Aber: Geld für die Rüstung ist fast unbegrenzt vorhanden. Der Rüstungsetat 2019 soll um 11,4% steigen auf 42,4 Milliarden Euro, 60 Milliarden für Rüstung ist das nächste Ziel der Verteidigungsministerin, um dann den Etat

– wie die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ errechnete – bis zum Jahr 2024 weiter auf 85 Milliarden zu steigern.

Wir sagen nein. 115.000 Unterschriften unter den Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ sind erst der Anfang. Wir wollen mehr Unterschriften, wir wollen eine breite und vielfältige Bewegung für Abrüstung.

Uns alarmiert die Militarisation der Außenpolitik und des öffentlichen Lebens wie auch die Geschäfte mit todbringenden Waffen. Auslandseinsätze der Bundeswehr sind zur Normalität geworden. Die Waffenarsenale werden weiter angefüllt. Das gemeinsame Haus Europa ist in weite Ferne gerückt, wir treten ein für eine neue Entspannungspolitik mit Russland.

Wir wollen den Protest auf die Stra-

ßen und Plätze der Republik tragen.

Deshalb ruft die Initiative „abrüsten statt aufrüsten“ für den 1.-4.11.2018 – aus Anlass der 2. und 3. Lesung des Bundeshaushaltes – zu bundesweiten Aktionen besonders zu dezentralen Demonstrationen auf.

Macht mit, werdet selbst aktiv für Frieden und Abrüstung. Nur wenn wir uns einmischen, alle sich engagieren, die von fehlenden sozialen Geldern betroffen sind und gemeinsam protestieren, dann werden wir die Umverteilung der Finanzen und eine friedlichere Politik erreichen.

Wer die Zukunft gewinnen will, muss in die Zukunft und nicht in den Krieg investieren. Abrüsten ist das Gebot der Stunde.



Abrüsten statt Aufrüsten auf der Unteilbar-Demo in Berlin | © Lucas Wirl

Macht mit!

Wenn ihr noch nicht dabei seid, überlegt und plant eine eigene Aktion. Noch ist es Zeit. Wir wollen zeigen, dass wir viele und überall in der Republik aktiv sind. Jede auch kleine Veranstaltung ist ein Zeichen des so notwendigen Protestes.

Deshalb überlegt, ob auch ihr noch aktiv werden könnt.

Gerne veröffentlichen wir auch Fotos von Euren Aktionen auf unserer Webseite.

»Abrüsten statt Aufrüsten«

Dieser Appell aus der Gesellschaft braucht Unterstützung, Hilfe und viele, die mit gestalten und mit bestimmen wollen:

- ▶ Unterzeichnet ihn online www.abruersten.jetzt und fordert Kolleginnen und Kollegen auf, es auch zu tun. Mehr als 115.000 on- und offline Unterschriften sind erst ein Anfang.
- ▶ Sammelt Unterschriften, wo ihr arbeitet und lebt. Die Listen können unter www.abruersten.jetzt zur sofortigen Nutzung herunter geladen werden.
- ▶ Jede Veranstaltung ist Aufklärung, jeder Informationsstand verbreitert unser Anliegen und hilft Unterschriften zu sammeln.
- ▶ Nutzt die nächste Friedensaktion, die nächste Demonstration und Kundgebung zur Unterschriftensammlung, viele sind interessiert und freuen sich, angesprochen zu werden.
- ▶ Helft mit in eurer Initiative, in eurer Lokalgruppe, den Basisgruppen von Parteien und Gewerkschaften für diesen Aufruf zu werben. Kein Gespräch, kein Auftritt ist umsonst, sicher auch im Sportverein, vielleicht auch in der Disco.
- ▶ Ist der Aufruf schon auf Deiner Facebook Seite, hast Du ihn schon „geliked“, deine Freundinnen und Freunde eingeladen und alle auf die Webseite www.abruersten.jetzt und die Unterschriftensammlung hingewiesen?
- ▶ Hast du den Aufruf schon auf Twitter verbreitet?
- ▶ "Du bist der Aufruf", da wo du dich engagierst, wirke für "www.abruersten.jetzt", ganz individuell, selbstbestimmt und erfolgreich.

Wir brauchen eine große gesellschaftliche Debatte um das Zukunftsthema „Wie wollen wir leben?“: mit Kriegsvorbereitung, Konfrontation und Sozialabbau oder für Gerechtigkeit, Selbstgestaltung und Solidarität – ohne Abrüstung wird das alles nichts. Deswegen mach auch Du und Ihr mit, bei der größten Herausforderung: Kriege verhindern, Abrüstung durchsetzen, Gerechtigkeit schaffen. Viele sind schon dabei, es kann eine Bewegung werden – durch Dich und Euch! Nur eine Zahl mit vielen Nullen schafft Eindruck und Aufmerksamkeit.

... Weiter von S.3

Zweischlagskapazität, also die Möglichkeit, nach einem Großangriff auf das jeweilige Territorium mit „strategischen“ Atomwaffen zu einem vernichtenden Gegenangriff imstande zu sein, nach dem Motto: Wer zuerst bombt, stirbt als Zweiter. Gegenüber dem heute vielfach zu lesenden Urteil, das „Gleichgewicht des Schreckens“ habe doch friedensbewahrend gewirkt, ist immer wieder zu unterstreichen, dass die Menschheit wiederholt haarscharf an der absoluten Katastrophe vorbeigeschrammt ist; am bekanntesten ist die Kuba-Krise vom Herbst 1962.

Wahrscheinlicher als ein atomarer Großangriff war stets die Eskalation eines lokalen Konflikts, wobei sogenannte „taktische“ Atomwaffen die Schwelle zum Einsatz der Interkontinentalraketen markierten, die bei der sich abzeichnenden Niederlage einer der beiden Seiten schnell zu überschritten werden drohte. Die taktischen Atomwaffen hätten ausgereicht, um Europa, namentlich Mitteleuropa, unbewohnbar zu machen. (Dazwischen rangierten die Mittelstreckenraketen, um die es bei den Protesten, nicht nur in der Bundesrepublik, gegen die „Nachrüstung“ Anfang der 1980er Jahre ging.)

Wir befinden uns heute in der Frühphase eines neuen Konflikts zwischen Russland und der NATO sowie den USA und China. Auch wenn die Gefahr eines direkten militärischen Zusammenstoßes derzeit gering ist, scheint sich die perverse Logik des Kalten Krieges erneut durchzusetzen. Laut Ankündigung Donald Trumps vom Februar 2018 sollen die Atomwaffen der USA umfassend modernisiert werden. Die mit Nachdruck betriebene Minimalisierung von Atombomben ist geeignet, den Einsatz atomarer Waffen wahrscheinlicher zu machen. Damit soll, so heißt es, die Abschreckung glaubwürdiger gemacht werden.

Auch wenn Russland und China ebenso wenig wie vor 1990 diese Entwicklung nur passiv erdulden, vielmehr in unterschiedlicher Weise und in unterschiedlichem Ausmaß ebenfalls zur Verschärfung der internationalen Spannungen beitragen (eben in der Logik von Großmächterivalität), so ist die Vorstellung einer Aggression in großem Stil gegen NATO-Staaten

noch abwegiger als vordem. Gefährlicher könnten Stellvertreterkriege werden, wie sie seit 2014 in der Ukraine und, weniger offensichtlich, seit 2011 in Syrien ausgetragen werden, Kriege, die ein Eskalationspotential besitzen. Insofern gehört die nachhaltige Befriedung von regionalen Konflikten unbedingt zur globalen Friedenssicherung.

Die Friedensbewegung in Westdeutschland (die die Entstehung unabhängiger Friedensgruppen in Ostdeutschland anregte), in Großbritannien, den Niederlanden usw. konnte die als Antwort auf die sowjetischen SS20-Raketen (die alten Mittelstreckenraketen ersetzend) deklarierte Aufstellung der US-amerikanischen Pershings und Cruise Missiles im Jahr 1983 nicht verhindern, und doch trugen der Massenprotest und die Problematisierung der nach dem Entspannungsjahrzehnt um 1980 wieder aktualisierten Kriegsgefahr dazu bei, das Bewusstsein der Völker und ihrer Regierungen positiv zu beeinflussen: Die beiden deutschen Staaten widerstanden sich durch eine Art doppelter Dämpfungspolitik dem Rückfall in die „Eiszeit“, und 1986 leiteten Michail Gorbatschow und Ronald Reagan einen veritablen Abrüstungsprozess ein.

Auch mehr als drei Jahrzehnte später bedarf es des Anstoßes der Zivilgesellschaft, um den Trend zu beidseitiger Aufrüstung und damit verbundener Kriegsvorbereitung zu stoppen und umzukehren.

Peter Brandt, Historiker



© FernUniversität in Hagen

KONTAKT:

Initiative **abrüsten statt aufrüsten** | Marienstraße 19/20, 10117 Berlin |
Tel.: 030 20654857 | Fax: 030 3199668 | Facebook: Abrüsten Jetzt | Twitter:
@abruersten_jetzt | E-Mail: info@abruersten.jetzt | Web: www.abruersten.jetzt |
Bestellung der Zeitung über unsere Website: www.abruersten.jetzt/zeitung

UNTERSTÜTZUNG:

Die Initiative ist auf ihre Unterstützung angewiesen. Jede kleine und große Spende hilft, die Initiative erfolgreich zu gestalten. Bitte spenden Sie an: **Spendenkonto:** Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. | IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90 | BIC: HELADEF1822 | Stichwort: Abrüsten jetzt

IMPRESSUM:

Redaktion: Reiner Braun, Kristine Karch, Pascal Luig, Lorena Schwab, Lucas Wirl, Kathrin Zimmer
V.i.S.d.P.: Reiner Braun
Layout: www.Ronald-Schrodt.de